

Pressemeldung

Romantisierung des Wolfes gefährdet Bestand an Wild- und Weidetieren! Gruppe CDU/FDP zeigt sich über gescheiterte Resolution zum Wolfsmanagement enttäuscht

„Unsere Bemühungen, das dringend notwendige Wolfsmanagement zu ermöglichen, wurde leider von einer deutlichen Mehrheit von SPD und Grünen im Kreistag nicht unterstützt“, zeigt sich der CDU-Kreistagsvorsitzende Dr. Hans-Heinrich Aldag enttäuscht. Und der Vorsitzende der FDP-Kreistagsfraktion Arno Reglitzky ergänzt: „Es ist bedauerlich, dass SPD und Grüne sich schützend vor ihre Landes- und Bundesregierung werfen, anstatt sich der Realität vor Ort und den sich daraus ergebenden Problemen zu stellen“.

Was war passiert?

Ausgelöst durch die Wolfsübergriffe der jüngsten Vergangenheit wurde auf Initiative der Gruppe CDU/FDP versucht, eine gemeinsame Resolution zu verabschieden, in der der dringende Handlungsbedarf beim Wolfsmanagement einmal mehr verdeutlicht und die Landes- und Bundesregierung zum Handeln aufgefordert wird.

- 1.) Die Bundesregierung – das BMU – wird aufgefordert, den guten Erhaltungszustand der Population des westeuropäischen Wolfes gegenüber der europäischen Kommission zu melden.
- 2.) Die Bundesregierung wird aufgefordert, umgehend die Voraussetzung zu schaffen, folgende Vereinbarung aus ihrem Koalitionsvertrag umzusetzen:
„Ein regional differenziertes Bestandsmanagement zu ermöglichen.“

Mit der Verabschiedung dieser Resolution hätte sich der Landkreis Harburg zudem mit den Kreistagen entlang der Nordseeküste und mit anderen Kreistagen aus der Lüneburger Heide solidarisiert, die aufgrund ihrer individuellen Betroffenheit ähnliche Resolutionen verabschiedet haben.

Christian Horend, Geschäftsführer der CDU-Kreistagsfraktion: „Es ist bedauerlich, dass im Landkreis Harburg, anders als in anderen Landkreisen, die Romantisierung des Wolfes noch immer im Vordergrund steht. Damit gefährden wir den Bestand an Wild- und Weidetiere.“

Christian Horend hat den Resolutionsentwurf in enger Abstimmung mit den benachbarten Landkreisen zu Papier gebracht und diesen dann frühzeitig allen Kreistagsfraktionen zur gemeinsamen Beratung zur Verfügung gestellt. Außer CDU und FDP hat sich keine der angeschriebenen Fraktionen an der Finalisierung der Resolution beteiligt, die stattdessen im Ältestenrat abgelehnt wurde. Dieser hätte aber zustimmen müssen, damit der Kreistag einen entsprechenden Beschluss hätte fassen können.

Da im Rahmen der Kreistagssitzung auch ein Dringlichkeitsantrag „Wolf“ der Gruppe CDU/FDP keine Unterstützung fand, wird dieses wichtige Thema jetzt mittels eines neuen Antrages zur Beratung in den Fachausschuss gegeben.

Hintergrund:

Für die Pflege der Kulturlandschaft „Lüneburger Heide“ und unserer Deiche leisten die Weidetierhalter mit ihren Herden einen wertvollen Beitrag. Diese Herden sind durch die zunehmende Wolfspopulation gefährdet, wie die zurückliegenden Ereignisse gezeigt haben. Es zeigt sich, dass es zwischen der Anwesenheit von Wölfen und der Sicherheit der Weidetiere einen gravierenden Zielkonflikt gibt.

Die aufgestellten Schutzzäune bieten hier nur einen unzureichenden Schutz. Schutzzäune wurden in der Vergangenheit häufig durch Wölfe untergraben und somit erweisen sich die geschlossenen und massiven Zäune für die angegriffenen Schafe oft sogar als Falle.

Vor diesem Hintergrund muss es auch im Landkreis Harburg zukünftig möglich sein, schnell und unbürokratisch gezielt dort einzugreifen, wo Wölfe über ihr Jagdverhalten Zielkonflikte mit gravierenden Konsequenzen für den Tierschutz auslösen.

Bezogen auf die Forderungen in Richtung der Bundesregierung ist folgendes anzumerken: Der Vorbehalt im Koalitionsvertrag der Bundesregierung – „sofern europarechtskonform“ – ist durch ein jüngst im Auftrag der FDP-Bundestagsfraktion veröffentlichtes Gutachten von Prof. Michael Brenner im Sinne dieses Antrags eindeutig geklärt.

Fakt ist allerdings, dass für ein Bestandsmanagement – innerhalb der FFH-Richtlinie Anhang IV – der jeweilige Mitgliedsstaat der EU aktiv gegenüber der Kommission den guten Erhaltungszustand erklären muss. Dazu war die Bundesregierung bisher nicht bereit.

Niedersachsen und der westliche Teil Schleswig-Holsteins bilden fast deckungsgleich die „Atlantische biogeografische Region“ auf deutschem Territorium ab. Aktuell – Stand heute – wurden in dieser Region bereits über 48 territoriale Rudel bestätigt. Da der gute Erhaltungszustand für die drei biogeografischen Regionen Deutschlands – Atlantische, Kontinentale und Alpine Region – separat betrachtet und anschließend gemeldet werden muss, bedarf es hier in Niedersachsen keiner weiteren Meldung von Monitoringdaten Richtung EU-Kommission.

Die Meldung des guten Erhaltungszustandes für die in Niedersachsen nachgewiesenen Wölfe ist eine Frage des politischen Willens. Die 2022 vorgestellte Studie zur Entwicklung der Wolfspopulation kommt zu dem Ergebnis, dass der Wolf weder in Deutschland noch in Niedersachsen eine gefährdete Art sei.